Drucksache Nr. 100

Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Mündlicher Bericht

des 9. Ausschusses (Berlin-Ausschuß) über den Antrag der SPD-Fraktion - Nr. 16 der Drucksachen -

betr.: Maßnahmen für Groß-Berlin.

Berichterstatter:
Abgeordneter Dr. Suhr

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Solange Groß-Berlin, von der Bundesrepublik Deutschland getrennt, unter erschwerten Verkehrs- und Währungsverhältnissen arbeiten muß, hält es der Bundestag für eine Verpflichtung der Bundesrepublik, alles zu tun, um der so hart um ihre Existenz ringenden Wirtschaft und Bevölkerung Berlins zu helfen.

Der Bundestag beauftragt daher die Bundesregierung

I. in den Haushaltsplan der Bundesrepublik für die Zeit bis zum 31. März 1950 einen Betrag zur Deckung des Defizits des Haushaltes von Groß-Berlin einzusetzen;

II. zu überprüfen, in welchem Umfange, ohne den Ablauf des Geschäftsverkehrs zu erschweren, Dienststellen der Bundesrepublik nach Berlin verlegt und Aufträge von Bundesbehörden nach Berlin gegeben werden können. Dem Bundestag ist vierteljährlich über die erfolgten Maßnahmen zu berichten:

III. alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ergreifen, um die Existenz Berlins zu sichern. Dazu müssen folgende Aufgaben vordringlich in Angriff genommen werden:

1. Überwindung der bedrohlichen Berliner Arbeitslosigkeit durch Rohstoffversorgung und Produktionsbelebung in Bauwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel,

2. Absatzsteigerung der Berliner Wirtschaft, insbesondere auch durch steuer- und tarifpolitische Maßnahmen,
3. Beschaffung von Investitions- und Betriebsmittelkrediten aus öffentlichen und privaten Quellen,
4. Beseitigung der aus der gegenwärtigen Währungssituation sich ergebenden Unzuträglichkeiten,
5. Regelung der sogenanten Uraltkonten,
6. Realisierung der Blockadehilfe,
7. Einschaltung Berlins in die Abwicklung des Ost-Westhandels.

Der Bundestag erwartet von der Bundesregierung entsprechende Vorlagen.

Bonn, den 14. Oktober 1949

Der 9. Ausschuß (Berlin-Ausschuß)

Dr. von Brentano
Vorsitzender